

CDU-Fraktion Darmstadt-Dieburg • Karin Neipp • Jägertorstraße 207 • 64289 Darmstadt



Fraktion im Kreistag des
Landkreises Darmstadt-Dieburg

Die Fraktionsvorsitzende

Zum Dringlichkeitsantrag der FDP zur Neuorganisation der Arbeitsvermittlung

Kreistagssitzung am 10. März 2008

Die CDU schließt sich voll und ganz dieser Dringlichkeit an. Der CDU geht es in erster Linie um die Verbesserung der Arbeitsvermittlung. Deshalb müssen die Kontingentierung der Option aufgehoben und allen Kommunen, die das wollen die Möglichkeit für eine eigenverantwortliche Trägerschaft mit eigenen Handlungsspielräumen und einer verlässlichen Finanzierung eingeräumt werden.

Hessen ist Optionsland Nr. 1. Die seit Jahren geringen Erfolge der Bundesagentur für Arbeit bei der Wiedereingliederung Langzeitarbeitsloser in den Ersten Arbeitsmarkt unterstreicht die Notwendigkeit, neue Wege der Betreuung und Vermittlung dieser Personen zu gehen. Darum hatte Hessen 2002 den Entwurf des Offensiv-Gesetzes eingebracht. Die Länder sollten in einen Ideenwettbewerb eintreten, um die notwendige Reform der Arbeitslosen- und Sozialhilfe beginnen zu können.

Darum hat Hessen das Existenzgrundlagengesetz im Juli 2003 in einem Gesetzentwurf zu Hartz IV vorgelegt. Mit dem EGG sollte die Abkehr von der zentralistisch ausgerichteten und viel zu bürokratischen Betreuung und Vermittlung

von Arbeitslosen durch die Bundesanstalt für Arbeit erfolgen.

Die Nähe zu den Menschen, um die es geht, ist eine unabweisbare Voraussetzung für wirksamen Hilfen und nachhaltige Integration. Darmstadt-Dieburg hat sich dafür entschieden. Und auf dem Wege einer Experimentierklausel haben sich insgesamt 69 Kommunen in Deutschland entschieden, für eine eigenständige Betreuung Langzeitarbeitsloser zu optieren.

Mit diesem Optionsmodell sind die Weichen gestellt worden für einen Wettbewerb zwischen Zentralismus (Bundesagentur Arbeit) und dezentraler Betreuung (Kommunen): Und es funktioniert, wenn auch mit anfänglichen Schwierigkeiten, oft bürokratischer und informativer Art.

Es wäre ein wirtschaftlicher Schwachsinn, wolle man hier in Darmstadt-Dieburg wieder das Rad zurückdrehen, nach dem alles in die Wege geleitet hat, sogar das Haus für Arbeit bei uns entsteht, wenn auch zwischendurch den dortigen Arbeitsgebern ab und zu die Luft ausgeht.

Es muss klare Regelungen der Finanzierungen geben. Es kann nicht sein, dass die Kommunen dem Bund hinterherlaufen und ebenso das Land dem Bund. Das Urteil des Bundesverfassungsgericht hat eindeutig beschieden, das Aufgaben aus einer Hand zu organisieren sind, also muss die Politik jetzt klare Signale aussenden und entscheiden im Sinne der Optionsgebietskörperschaften.